



Kurzprotokoll der 38. Sitzung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berlin, den 8. Februar 2023, 11:10 Uhr
Paul-Löbe-Haus - Sitzungssaal 4.300

Vorsitz: Kai Gehring, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 7

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bundesbericht Forschung und Innovation 2022

BT-Drucksache 20/2400

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Sportausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Verkehrsausschuss
Ausschuss für Digitales

Berichterstatter/in:

Abg. Holger Mann [SPD]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]



Tagesordnungspunkt 2

Seite 9

Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Heidi Reichinnek, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Bildung am Limit – Ausbildungsoffensive für mehr Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher

BT-Drucksache 20/678

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Berichterstatter/in:

Abg. Katrin Zschau [SPD]
Abg. Daniela Ludwig [CDU/CSU]
Abg. Nina Stahr [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Peter Heidt [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 3

Seite 12

a) Gesetzentwurf des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zur Ermöglichung digitaler Mitgliederversammlungen im Vereinsrecht

BT-Drucksache 20/2532

Federführend:

Rechtsausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat
Sportausschuss
Finanzausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Digitales

Berichterstatter/in:

Abg. Holger Mann [SPD]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Nina Stahr [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Barbara Lenk [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]



b) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU

**Entwurf eines Gesetzes zur Ermöglichung digitaler
Mitgliederversammlungen im Vereinsrecht**

BT-Drucksache 20/4318

Federführend:
Rechtsausschuss

Mitberatend:
Ausschuss für Inneres und Heimat
Sportausschuss
Finanzausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Digitales

Berichterstatter/in:
Abg. Holger Mann [SPD]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Nina Stahr [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Barbara Lenk [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 4

Seite 13

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Start-up-Strategie der Bundesregierung

BT-Drucksache 20/3063

Federführend:
Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Digitales

Berichterstatter/in:
Abg. Maja Wallstein [SPD]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]



Tagesordnungspunkt 5

Seite 13

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Jahresgutachten 2022/23 des
Sachverständigenrates zur Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**

BT-Drucksache 20/4560

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Rechtsausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Gesundheit

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Digitales

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Ye-One Rhie [SPD]

Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]

Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]

Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]

Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 6

Seite 13

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht über die Programme zur Innovations- und
Technologieförderung im Mittelstand,
insbesondere über die Entwicklung des Zentralen
Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM)
(Fortschrittsbericht für das Jahr 2021)**

BT-Drucksache 20/4979

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Finanzausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Digitales

Berichterstatter/in:

Abg. Ye-One Rhie [SPD]

Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]

Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]

Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]

Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]



Tagesordnungspunkt 7

Seite 13

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 2023 der Bundesregierung

BT-Drucksache 20/5380

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Rechtsausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Gesundheit

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Digitales

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Ye-One Rhie [SPD]

Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]

Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]

Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]

Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]



Teilnehmende Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kaczmarek, Oliver Mann, Holger Rhie, Ye-One Rosenthal, Jessica Seitzl, Dr. Lina Stüwe, Ruppert Wagner, Dr. Carolin Wallstein, Maja Zschau, Katrin	
CDU/CSU	Albani, Stephan Altenkamp, Norbert Maria Connemann, Gitta Gräßle, Dr. Ingeborg Grütters, Monika Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars Staffler, Katrin	Rupprecht, Albert
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Gehring, Kai Kraft, Laura Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene Stahr, Nina	
FDP	Boginski, Friedhelm Funke-Kaiser, Maximilian Heidt, Peter Schröder, Ria Seiter, Dr. Stephan	
AfD	Frömming, Dr. Götz Höchst, Nicole Kaufmann, Dr. Michael	
DIE LINKE.	Gohlke, Nicole Sitte, Dr. Petra	



Tagesordnungspunkt 1

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bundesbericht Forschung und Innovation 2022

BT-Drucksache 20/2400

Der **Vorsitzende** spricht sich für den Bundesbericht „Forschung und Innovation 2022“ als ein Standardwerkzeug der Wissenschaftspolitik in Deutschland aus. Er enthalte die Rahmenpläne, die Zielsetzungen und die Aktivitäten des Bundes sowie der Länder zur Forschung und ihren Innovationen. Etwa 106 Milliarden Euro hätten im Jahr 2020 die Gesamtausgaben betragen. Dies habe 3,14 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entsprochen.

Im Mittelpunkt des Berichts stünden die Herausforderungen der Forschungs- und Innovationspolitik. Das Hauptziel bilde die Souveränität sowohl in der Technologieentwicklung als auch in der Energieversorgung. Dafür müssten unter anderem die internationalen Beziehungen Deutschlands neu ausgerichtet werden. Der Ausschuss sei dazu angehalten, die Rahmenbedingungen dieser Forschungs- und Innovationspolitik mitzugestalten.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF) weist darauf hin, dass der Bundesbericht sich dem Zeitraum von 2020 bis zum Frühjahr 2022 widme. Seine Aussagen zur Energieversorgungslage hätten sich vor dem Hintergrund des Angriffskriegs auf die Ukraine verschärft. Die technologische Souveränität hingegen sei nach wie vor das zentrale Anliegen und entscheide darüber, welches Gewicht Europa weltpolitisch zukommen werde.

Im Fokus des Berichts lägen die Zukunftstechnologien. Es handele sich vor allem um jene aus dem Bereich der Mikroelektronik, der Quantenmechanik und der Softwareentwicklung, aber auch um solche der Datenanalyse und allgemeinen Kommunikationswissenschaft. Forschungseinrichtungen aus diesen Gebieten müssten näher mit der Wirtschaft in Kontakt stehen. Die Industrie sollte beispielsweise besseren Zugang zu den entsprechenden Großgeräten erhalten. Gleichzeitig müsse die

Grundlagenforschung gestärkt werden. Diesen Umständen entspreche die „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“, die seit Ende 2022 ressortübergreifende Transformationsteams bereitstelle und damit auf die Agenda 2030 der Vereinten Nationen – mit ihren 17 SDGs als Ziele – ausgerichtet sei.

Aktuell beschließe das Bundeskabinett die Zukunftsstrategie „Forschung und Innovation“. Damit lege sie die Grundlagen, um einerseits die Wirtschaftskraft und den Wohlstand in Deutschland auf Dauer zu gewährleisten und sich andererseits weiterhin an der Emissionsenkung als Leitgedanken des Koalitionsvertrags zu orientieren.

Abg. **Holger Mann** (SPD) dankt für die Vorlage des Bundesberichts und freut sich darüber, dass die Ausgaben für die bundesweite Forschung über den Zeitraum des Berichts hinweg gesteigert worden seien. In der Pandemie sei zwar das Gesamtbudget der Forschung gesunken. Das liege jedoch daran, dass sich die Wirtschaft aufgrund der Krise immer mehr aus diesem Bereich zurückgezogen habe. Das dauere nun weiter an und müsse in Zusammenarbeit mit anderen Ausschüsse dringend diskutiert werden. Gestiegen hingegen seien die Innovatorenquote sowie die Rate an Gründungen seit 2016.

Zu begrüßen sei die Zukunftsstrategie der Bundesregierung, weil es ihr gelinge, die landesweiten Transformationsprozesse mit dem Gedanken der Souveränität im Energiesektor und dem des Klimaschutzes zu verbinden und sie zudem vorsehe, die Digitalisierung entschieden voranzubringen.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU) ist erfreut, dass dieser Bundesbericht die Erfolge der unionsgeprägten Forschungspolitik aus den letzten 16 Jahren abbilde. Bedauerlich sei, dass er erst heute im Ausschuss erörtert werde. Dem Staatssekretär sei darin zuzustimmen, dass sich die Weltlage seit dem Frühjahr 2022 drastisch verändert habe. Zwei Aspekte seien hervorzuheben:

Wenn immer mehr Unternehmen es unterlassen, in die Forschung zu investieren, dann müsse der Staat die Anreize hierzu setzen. Dies hätte die Bundesregierung während der Hochphase der Pandemie getan. Erst recht sei aktuell eine höhere



Unterstützung für die Unternehmen geboten, damit diese ihre Forschungsanstrengungen weiter vorantreiben könnten. Dass es dafür eine gute steuerliche Förderung im Sinne einer funktionierenden Forschungszulage brauche, sei bisher unzureichend berücksichtigt worden.

Um wirklich unabhängig vom russischen Gas werden zu können, solle sich die Bundesregierung entschiedener für die Forschung im Energiebereich einsetzen. Zwar gebe es etliche Forschungsprogramme wie die „Nationale Wasserstoffstrategie“, welche die Union mitaufgebaut habe. Insgesamt seien aber die Ausgaben für die Forschung zu gering und es mangle an einer notwendigen Schwerpunktsetzung. Stattdessen habe sich die Regierung mit ihrer Zukunftsstrategie deutlich verspätet und beschränke sich damit größtenteils auf eine Leistungsschau der bisherigen Anstrengungen. Unklar bliebe, was die Regierung bezüglich der „Agentur für Sprunginnovationen“ (SPRIND), der „Deutschen Agentur für Transfer und Innovation“ (DATI) und bezüglich des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) plane.

Abg. **Laura Kraft** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßt die Zukunftsstrategie „Forschung und Innovation“, welche heute Morgen im Kabinett parallel beschlossen werde. Wie auch im Bundesbericht ausgeführt, strukturiere diese Strategie maßgeblich die anstehende Forschungs- und Innovationspolitik. Zu loben sei ihr ressortübergreifender Ansatz sowie ihre konsequente Emissionsorientierung.

Besonders einsetzen wolle sich diese Koalition für die Rahmenbedingungen der Forschenden. Dazu gehöre die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen. Notwendig sei eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG). Nur damit könne Deutschland im internationalen Wettbewerb weiterhin ein Forschungs- und Innovationsstandort bleiben.

Innovationen entstünden durch das Zusammenspiel von Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Forschungspolitik müsse dafür neu ausgerichtet werden. Diesbezüglich habe die Bundesregierung bereits wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht. Auch die „Agentur für

Sprunginnovationen“ (SPRIND) und die „Deutsche Agentur für Transfer und Innovation“ (DATI) böten vor diesem Hintergrund entscheidende Anreize.

Abg. **Prof. Dr.-Ing. habil. Michael Kaufmann** (AfD) weist darauf hin, dass der Bundesbericht dazu rate, bis 2023 das Ausgabevolumen für die Forschung auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Derzeit wende die Bundesregierung davon lediglich 3,1 Prozent auf und werde sich später daran messen lassen müssen.

Insgesamt habe sich der Zustand der deutschen Forschung und Industrie in den letzten Jahren verschlechtert und staatliche Unterstützungen seien reduziert worden, weshalb die AfD-Fraktion beobachten werde, wie die Regierung in Zukunft handeln wird. Bezeichnend sei, dass der Bundesbericht die deutsche Automobilindustrie und den Maschinenbau fast unerwähnt lasse. Dies seien Branchen, die Millionen von Beschäftigten umfassen und den Großteil des deutschen Exports ausmachten. Vermissten lasse der Bericht hinreichende Ausführungen zur „Deutschen Agentur für Transfer und Innovation“ (DATI), obwohl die Bundesregierung sehr viel Aufhebens darum gemacht habe.

Belastend im Bericht sei die häufige Verwendung des Begriffs der „Sozialen Innovation“. Niemand wisse, was damit gemeint sei. Abgesehen davon könnten soziale Innovationen nur im Zusammenleben der Menschen entwickelt werden und lägen außerhalb des staatlichen Aufgabenbereichs. Die AfD-Fraktion warne deshalb vor manipulativem *Social Engineering*.

Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP) bedankt sich für die Vorlage des Bundesberichts und verweist auf die Wichtigkeit der aktuellen Zukunftsstrategie. Mit ihr sei es der Bundesregierung gelungen, eine missionsorientierte Innovationspolitik zu formulieren, um die großen Herausforderungen der nächsten Jahre zu stemmen – sei es nun die verheerende Entwicklung des globalen Klimas oder die Zuspitzung im demografischen Wandel.

Bemerkenswert sei, dass die Strategie keine selektive Industriepolitik verfolge, sondern bewusst technologieoffen ausgestaltet sei. Vor dem Hintergrund der andauernden



weltpolitischen Erschütterungen sei es hoch anzurechnen, dass die technologische Souveränität im Zentrum der Strategie stehe. Keinesfalls dürfe man sich auf einzelne Länder oder Technologien beschränken. Nur indem man dies vermeide, könne die Stabilität als auch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gefördert werden.

Dazu gehöre ein Finanzierungsmodell, welches die Aktivierung privaten Kapitals umfasse. Die Einrichtung der LNG-Terminals habe gezeigt, dass baurechtliche Verfahren vereinfacht werden müssten.

Der Staat solle gezielt mit den Unternehmen zusammenarbeiten. Hilfreich könne etwa sein, über die Ausgestaltung der Forschungszulage zu diskutieren. Diese könne den privaten Unternehmen angemessene Anreize geben und insgesamt die Forschung und Entwicklung stärken.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.) erkundigt sich nach den Transformationsteams der Zukunftsstrategie und fragt, auf welche Weise und unter welcher Leitung diese besser untereinander verknüpft werden könnten.

Die pandemiebedingte Krise der Studierenden, die auch in der heutigen Anhörung beschrieben wurde, werfe die Frage auf, ob es belastbare Zahlen zu den Studienabbrüchen und zum Rückgang bei den Promotionen gebe. Hilfreich seien auch Daten zu den Überbrückungshilfen durch zinslose Kredite für den Wiederaufbau (KfW).

Der Bundesbericht „Forschung und Innovation“ habe zur Erforschung seltener Erkrankungen zehn Millionen Euro vorgesehen. Welchen Plan hingegen die Bundesregierung aktuell verfolge, um mehr Erkenntnisse über die ME/CFS-Erkrankung zu gewinnen, sei ungeklärt.

Wie die einzelnen Angaben zueinander stünden, die der Bundesbericht zu den Jahresinvestitionen in die Wirtschaft treffe, müsse erläutert werden. Klärungsbedürftig sei etwa, weshalb für das Jahr 2019 unterschiedliche Ausgabesummen angegeben worden seien.

Die angesprochene Forschungszulage wiederum solle von der Bundesregierung evaluiert werden, damit auch die kleinen und mittelständischen

Unternehmen davon profitieren könnten.

PSSt Dr. Jens Brandenburg (BMBF) weist darauf hin, dass die Zukunftsstrategie sechs Missionsteams vorsehe, die jeweils unter gemeinsamer Leitung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und eines anderen Ressorts eingerichtet werden. Sie stellten eine Schnittstelle zwischen dem Forum der Zukunftsstrategie und den jeweiligen *Stakeholdern* dar.

Die Hochschulschließungen während der Pandemie hätten in der Tat die Studierenden sehr belastet und viele von ihnen dazu bewegt, ihr Studium abzubrechen. Grund dafür seien vor allem die mentalen Probleme gewesen – allen vorweg die fehlende Identifikation mit dem Hochschulbetrieb aufgrund der häuslichen Isolation. Umso wichtiger sei es nun, mit den Energiepreisbremsen einen Rahmen zu gewährleisten, der erneute Hochschulschließungen verhindere.

Die Erforschung seltener Erkrankungen sei für das Bundesministerium von hoher Bedeutung und werde weiter vorangetrieben. Wie sich dies finanziell für das nächste Jahr niederschlage, sei Gegenstand des aktuellen Haushaltsaufstellungsverfahrens innerhalb der Bundesregierung, aber auch der parlamentarischen Haushaltsberatungen bis zum Ende des Jahres.

Falls Bedarf nach genaueren Angaben bestehe, bitte der Staatssekretär darum, ihn nach der Ausschusssitzung zu kontaktieren. Die entsprechenden Details könne er nachreichen – sei es zu den zinslosen KfW-Krediten oder zur Forschungszulage.

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf Drucksache 20/2400 zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2

Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Heidi Reichinnek, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Bildung am Limit – Ausbildungsoffensive für mehr Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher

BT-Drucksache 20/678



Abg. **Nicole Gohlke** (DIE LINKE.) bezieht sich auf die Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK), dass bis zum Jahr 2025 rund 25.000 Lehrkräfte fehlen würden. Dies sei nicht nur eine moderate, sondern eine konstant fehl- und kleingerechnete Zahl. Die tatsächliche Zahl sei viel höher. In dieser Situation sei es unverzichtbar, als Bundesregierung selber aktiv zu werden und nicht erst auf die Anträge und Auf-setzwünsche der Opposition im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zu warten.

Der allseits bekannte Lehrkräftemangel sei eine hausgemachte Katastrophe. Lange Jahre habe man zum Beispiel die Zahl der Studienplätze konstant kleingehalten. Dies sei auch durch die knappen Kassen an den Hochschulen bedingt gewesen. Es sei absurd, dass es trotz des bestehenden und vorhersehbaren Lehrkräftemangels für die Lehramtsstudiengänge immer noch ho-he Zulassungsbeschränkungen gebe. Dadurch sei tausenden jungen Menschen der Zugang zum Berufswunsch Lehrer/in verwehrt worden. Die Zahl der Lehramtsabsolvent/innen nehme überproportional stark ab. Eine Ursache liege darin, dass das Lehramtsstudium, trotz der jetzt auslaufenden Qualitätsoffensive Lehrerbildung, unattraktiver werde. Die Ausbildung sei nach wie vor zu praxisfern. Es gebe zu wenig Betreuung. Die Hochschulen bräuchten an dieser Stelle dringend mehr Personal.

Die KMK habe vor kurzem ein Papier mit Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel veröffentlicht. Dieses Papier sei zielsicher an dem vorbei gegangen, was den Beruf tatsächlich attraktiver machen könne. Statt das Offensichtliche anzugehen, nämlich eine Ausbildungsoffensive ins Leben zu rufen und vor allem die Arbeitsbedingungen an den Schulen zu verbessern, sollen die ohnehin belasteten Lehrkräfte noch mehr arbeiten. Dies werde eine Spiralbewegung von Überlastung und Lehrkräftemangel auslösen. Um die steigende Belastung besser auszuhalten, habe die KMK den Lehrkräften Achtsamkeitsübungen am Wochenende vorgeschlagen. Aus der Corona-Krise sei zu wenig gelernt worden und die KMK setze immer noch verstärkt auf Hybrid-Unterricht. Es gebe zu viel abgehängte Schüler/innen, die eine intensivere Betreuung in Präsenz und persönlich bräuchten. Dazu seien kleinere Klassen, mehr Schulsozialarbeiter/innen, Psycholog/innen und

multiprofessionelle Teams erforderlich. Es seien Studienplätze einhergehend mit einer intensiven Betreuung der Studierenden auszubauen. Eine generelle Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs sei durch weniger Stress, mehr Zeit für die Schüler/innen und eine einheitlich gute Bezahlung erreichbar.

Die Bundesregierung müsse sich fragen lassen, was zum Beispiel das Startchancen-Programm bringe, wenn es nicht ausreichend pädagogische Fachkräfte gebe oder die Vorhandenen chronisch überlastet seien. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung müsse die Initiative ergreifen, das Kooperationsverbot endgültig aufzuheben und in die Lehrkräfteausbildung zu investieren.

Abg. **Katrin Zschau** (SPD) hebt hervor, dass der bestehende Lehrkräftemangel und Fachkräftebedarf im Bereich der früh-kindlichen Bildung durch den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung mehrfach besprochen wurde. Für die Pädagog/-innen in Schulen, Hort und Kitas sei die Arbeitsbelastung durch fehlende Kolleg/-innen zu hoch. Sie würden ihrem eigenen Anspruch hinterherhinken. Im vorliegenden Antrag werde dies umfänglich festgestellt.

Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE., der sich vorrangig auf die Lehrkräfteausbildung konzentriere, sei seit dem Vorliegen der Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel nicht zielführend und lasse wichtige Aspekte aus. Darüber hinaus solle es darum gehen, schnell umsetzbare Lösungen zu finden. Eine Debatte, um das Kooperationsverbot erschwere dies. Die Bundesländer seien für die Fachkräftegewinnung verantwortlich. Die amtierende KMK-Präsidentin Astrid Sabine Busse habe aktuell erklärt, dass sie darauf hinarbeiten wolle, mehr Einigkeit bei der Gewinnung von Fachkräften zu erzielen, anstatt dass sich die Länder gegenseitig die Fachkräfte abjagen würden. Dafür wolle sie die 2020 abgeschlossene Ländervereinbarung anpassen und darauf aufsatteln. Auch ein Staatsvertrag, wie er unter anderem von Mark Rackles vorgeschlagen worden sei, werde da nicht ausgeschlossen. Daraus leite sich die Notwendigkeit allgemeiner Datengrundlagen ab. Der Ausschuss für Bildung



und Forschung habe sich in den verschiedenen Bildungsberichten damit beschäftigt. Die universitäre Lehrerausbildung sei grundsätzlich zu überprüfen und es sollten neue Wege eingeschlagen werden. Dafür seien bereits viele Vorschläge wie die Öffnung der Fachhochschulen, die Verkürzung der Studienzeit und die Schaffung eines dualen Masters vorhanden. Es müsse um eine bedarfsdeckende und bedarfsgerechte Ausbildung für alle Fächer gehen. Der Bund sei Teil der Diskussion und stehe in einer inhaltlichen und finanziellen Verantwortung. Der SPD-Fraktion seien die Qualitätsoffensive Lehrerbildung und ihre Weiterentwicklung besonders wichtig. Bis 2023 gehe der Bund mit bis zu 500 Millionen in die Verantwortung. Eine Fortsetzung dessen und eine Verstärkung der Maßnahmen seien wünschenswert.

Abg. **Daniela Ludwig** (CDU/CSU) hebt hervor, dass es weder ein Erkenntnis- noch ein Umsetzungsproblem sei, sondern dass es vielmehr um ein Prognoseproblem gehe. Jedes Jahr sei fraglich, warum die Zahlen der Schüler/innen und die Lehrer/innen so weit auseinanderlägen, warum Lehrer/innen mit bestimmten Fachkombinationen fehlten und wie der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Erkenntnis- und dem Prognosegewinn besser werden könne. Die KMK fordere bundesweit bessere, valide Prognosen, damit es nicht zu unterschiedliche Prognoseergebnisse über die Anzahl der fehlenden Lehrkräfte komme. Fraglich sei, wie diese Prognose zu entwickeln und bundesweit zu etablieren sei. Die Weiterentwicklung der Qualitätsoffensiven Lehrerbildung sei dabei immens wichtig.

Die CDU/CSU-Fraktion wolle keine Grundgesetzänderung. Daher lehne sie den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit aller Deutlichkeit ab. Jedoch würde sie gerne gemeinsam mit den Ländern und der Fraktion DIE LINKE. an der Herangehensweise an dieses Thema arbeiten und das Problem lösen. Es gebe Themen in der Ausbildung, an die der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung arbeiten müsse. Es gebe die Frage nach mehr Praxisorientierung in der Ausbildung, die auch die Lehrer/innen dringend einfordern würden. Die CDU/CSU-Fraktion warne dringend davor,

dass Quereinsteiger in den Lehrerberuf als hauptsächliche Lösung angesehen werden. Die Gesamtgesellschaft stelle an die Lehrerschaft hohe Anforderungen. An dieser Stelle müsse man wieder zum Lehren zurückkehren und an anderer Stelle eine multiprofessionelle Aufstellung vornehmen.

Abg. **Nina Stahr** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) macht deutlich, die zentrale Herausforderung im Bildungssystem sei der Fachkräftemangel. Lehrkräfte- und Erzieher/-innenmangel schränke die Bildungschancen in Haushalten, in denen die Eltern keine Unterstützung leisten könnten, massiv ein.

Der Antrag richte sich an die falsche Ebene. Für die Ausbildung von Lehrkräften und Erzieher/-innen seien die Länder zuständig. Dennoch könne der Bundestag den einen oder anderen Impuls geben, sodass die Beschäftigung mit dem Thema sinnvoll sei. Die Empfehlung der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz enthalte gute Ansätze wie die Entlastung der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben, multiprofessionelle Teams und die leichtere Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Dennoch sei ein Vorschlag wie die Einschränkung von Teilzeit jetzt nach Corona zynisch. Menschen würden sich nicht nur zukünftig nicht für den Beruf der Lehrkraft entscheiden, sondern auch aktiv abwandern. Es sei erforderlich, den Lehrer/innen mehr Zeit für das Wesentliche zu geben. Dies umfasse nicht nur die Vermittlung von Unterrichtsinhalten, sondern auch die Begleitung junger Menschen auf ihrem Weg in das Erwachsenenalter. Beziehungsarbeit sei die Grundlage jeder Bildung. Das sollte bei der Lehrkräfteausbildung und -gewinnung nicht vergessen werden.

Auf Bundesebene habe die Ampelkoalition die Fachkräftestrategie in den Blick genommen. Dadurch könnten mehr Fachkräfte nach Deutschland kommen. Auch Abschlüsse könnten schneller anerkannt werden. Mit dem Startchancen-Programm werde man zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit schaffen.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD) hebt hervor, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. stelle in Teilen inhaltlich ihren eigenen Antrag „Lehrermangel konsequent bekämpfen“ dar, der abgelehnt worden sei. In der



damaligen Diskussion habe, wie heute ebenfalls zu erkennen sei, in einigen Themen Konsens geherrscht. Man solle sich aber nichts vormachen, der Lehrermangel sei seit 50 Jahren immer wieder Ziel von Initiativen des Bundestags. Die Möglichkeiten zur Analyse und Behebung des Problems seien nicht endlos. Die ungebremsste Zuwanderung führe an Kindergärten und Schulen zu Unsicherheiten, die von der aktuellen den vorhergehenden Regierungen verstärkt würden. Das Regierungshandeln erschwere die Prognose, wodurch der Antrag ins Leere laufe. Dazu vermische der Antrag zwei oder mehrere völlig unterschiedliche Berufsgruppen mit verschiedenen, komplexen Arbeitsvorgängen. Gemeinsam hätten sie, dass es immer weniger Berufsanfänger gebe und sie dem sozialen Bereich zuzuordnen seien.

Zu den ursprünglichen Aufgaben eines Lehrers oder Erziehers seien viele bürokratische und ideologische Dinge wie Diversity und Nachhaltigkeit hinzugekommen. Die Tätigkeit von Lehrern und Erziehern seien über Gebühr angereichert worden. Sie würden von ihren ursprünglichen Tätigkeitsfeldern völlig abgelenkt. Die gemachten Vorschläge gingen an einer Problemlösung vorbei. Die Attraktivität von Lehramts- oder Erzieherberufen könne man vor allem dadurch steigern, dass die Umstände „weniger lebensgefährlich“ seien. Jeder Kollege an einer Brennpunktschule könne von bedrohlichen Situationen erzählen. Junge Menschen würden nicht in diese Berufen gehen. Niemand wolle sein Leben riskieren.

Abg. **Peter Heidt** (FDP) führt aus, die Ausführungen der AfD seien weltfremd. Vielen der im Antrag der Fraktion DIE LINKE. beschriebenen Probleme könne die FDP-Fraktion zustimmen. Angesichts der Beteiligung an der Landesregierung Thüringens frage sich die FDP-Fraktion aber, wie die Fraktion DIE LINKE. solche Lösungsansätze fordern könne. In Thüringen löse sie die Probleme selbst nicht. Zudem frage sie sich, wieso in Thüringen nicht die Universitäten ausgebaut würden oder die Lehrerausbildung verbessert werde. Weiter sei zu fragen, wer die Landesregierung daran hindere, die im Antrag aufgeführten Forderungen in Thüringen umzusetzen. Es könne auch ein Antrag zur Gesetzesänderung im Bundesrat eingebracht

werden. Stattdessen stelle sich die Fraktion DIE LINKE. als Opposition hin und behaupte, sie habe die Lösungen und die Koalition müsse diese umsetzen. Mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei man sich einig und habe in der letzten Wahlperiode fast deckungsgleiche Anträge gestellt. Die Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätten längst eine Grundgesetzänderung herbeigeführt. Dazu bräuchte man aber die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion, die keine Grundgesetzänderung wolle. Die FDP-Fraktion beobachte im Übrigen, dass die Lehrerausbildung in Hessen zurückgefahren werde. Die Lehrer würden in Hessen nicht richtig eingestellt. Viele wollten nicht mehr Lehramt studieren, weil der Beruf unattraktiv geworden sei. Das läge daran, dass viele Bundesländer, beispielsweise die CDU-geführte Landesregierung in Hessen, nicht dazu bereit seien, entsprechend Geld zu investieren. Lehrer würden nicht mit langfristigen Verträgen ausgestattet. Dann wundere man sich, weshalb sie fortgingen. Neben dem Fachkräftemangel müsse man sich im Klaren sein, dass auch der Lehrerberuf mit anderen Berufen konkurriere. Er müsse attraktiver werden, sonst studierten junge Menschen nicht Lehramt, sondern einen anderen Beruf mit besseren finanziellen Aussichten.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/678.

Tagesordnungspunkt 3

a) Gesetzentwurf des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zur Ermöglichung digitaler Mitgliederversammlungen im Vereinsrecht

BT-Drucksache 20/2532

b) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU

Entwurf eines Gesetzes zur Ermöglichung digitaler Mitgliederversammlungen im Vereinsrecht

BT-Drucksache 20/4318



a) Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der CDU/CSU auf Ausschussdrucksache 20(18)96.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. die Annahme des Änderungsantrags der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP auf Ausschussdrucksache 20(18)95neu.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung auf Drucksache 20/2532.

b) Der Tagesordnungspunkt wird für erledigt erklärt.

Tagesordnungspunkt 4

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Start-up-Strategie der Bundesregierung

BT-Drucksache 20/3063

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf Drucksache 20/3063 zur Kenntnis.

Schluss der Sitzung: 12:07 Uhr

Kai Gehring, MdB
Vorsitzender

Anlagen

- 1 Ausschussdrucksache 20(18)95neu
Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
- 2 Ausschussdrucksache 20(18)96
Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU

Tagesordnungspunkt 5

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Jahresgutachten 2022/23 des
Sachverständigenrates zur Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**

BT-Drucksache 20/4560

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf Drucksache 20/4560 zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 6

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht über die Programme zur Innovations-
und Technologieförderung im Mittelstand,
insbesondere über die Entwicklung des Zentralen
Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM)
(Fortschrittsbericht für das Jahr 2021)**

BT-Drucksache 20/4979

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf Drucksache 20/4979 zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 7

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Jahreswirtschaftsbericht 2023 der
Bundesregierung**

BT-Drucksache 20/5380

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf Drucksache 20/5380 zur Kenntnis.